

Alternativen zum Kaputtsparen

Attac und Verdi plädieren für sozial gerechtes Steuersystem

VON DETLEV VON LARCHER (ATTAC)
UND RALF KRÄMER (VERDI)

Nachdem Bankenrettungen und Konjunkturerbrüche die öffentlichen Haushalte erheblich geschöpft haben, steht nun der Abbau von Staatsschulden ganz oben auf der politischen Agenda. Als Mittel dazu werden von den meisten EU-Regierungen – so auch von der Bundesregierung – rigide Sparprogramme und die damit verbundenen Einschnitte ins soziale Netz als alternativlos dargestellt.

Diese Einschätzung verwundert, wenn man sich vor Augen führt, dass dem Schuldenberg der öffentlichen Hand auf der anderen Seite ein enormer und in den Händen weniger hoch konzentrierter privater Reichtum gegenübersteht, der über die letzten zehn Jahre sogar erheblich gewachsen ist.

Von 1999 bis 2009 erhöhte sich das private Vermögen in Deutschland um 1100 Milliarden auf 6,6 Billionen Euro. Das oberste Zehntel der Bevölkerung besaß 2007 einen Anteil von 61 Prozent am Gesamtvermögen.

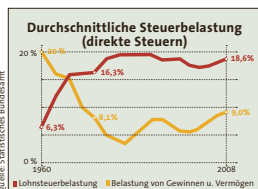
Was also würde näher liegen, als diese Vermögen zur Finanzierung der Krisenkosten und der dringend notwendigen öffentlichen Aufgaben heranzuziehen? Zumal die Vermögenden durch die Bankenrettungspakete mit Milliarden aus Steuergeld vor größeren Verlusten bewahrt wurden.

Tatsächlich gibt es dazu längst eine Reihe von Konzepten, die aber von der Bundesregierung geflissentlich ignoriert werden. Attac und Verdi etwa haben ihre bereits vor einigen Jahren vorgestellte Solidarische Einfachsteuer unter dem Eindruck der Krise weiterentwickelt. Das Konzept umfasst sieben zentrale Punkte:

– **Eine gerechte, progressive Einkommensteuer** mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent. Dazu müssen Schlupflöcher geschlossen und eine vollständige Erfassung und Besteuerung hoher Einkommen durch wirksame Kontrollen und Prüfungen gesichert werden.

– **Eine Reichensteuer mit einem Höchst-satz** von 56 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 125.000 Euro. Das jährliche Einkommen einer so reformierten Einkommensteuer würde um zirka vier Milliarden Euro pro Jahr höher ausfallen.

– **Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer** auf reformierter Grundlage. Bei einem Freibetrag von 500.000 Euro je



Haushalt und einem Steuersatz von einem Prozent auf das den Freibetrag übersteigende Vermögen wird mit einem Aufkommen von 20 Milliarden Euro gerechnet.

– **Zusätzlich zur Vermögenssteuer** wird für Vermögen ab zwei Millionen Euro progressiv ein Solidaritätszuschlag von zwei bis fünf Prozent für eine Frist von mindestens fünf Jahren erhoben. Das würde mehrere Milliarden Euro jährliche Zusatzeinnahmen bringen.

– **Erbchaftsteuer: Bei einer korrekten** Erfassung aller Vermögensarten wäre der Gesamtwert des vererbten Vermögens doppelt so hoch wie vorher. Zusätzlich würden mehr Erbfälle steuerpflichtig werden. Die Einnahmen würden sich von heute vier auf acht Milliarden Euro verdoppeln. Durch Verstärkung der Progression und Schließung von Schlupflö-

chern (etwa bei Schenkungen) ließe sich das Aufkommen sogar auf zehn Milliarden steigern.

– **Unternehmenssteuern: Finanzkräftige** Unternehmen, die von den Regierungen Schröder und Merkel immer weiter entlastet wurden, sind durch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer und eine Stärkung (statt Abschaffung) der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen verstärkt heranzuziehen. Mehreinnahmen von etwa 20 Milliarden Euro sind realistisch.

– **Eine Finanztransaktionssteuer** würde die Spekulation auf den Finanzmärkten dämpfen und die Profiteure des Finanzcasinos an den Kosten der Krise beteiligen. Außerdem bliebe noch Geld für die Entwicklung der Länder des Südens. Ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent würde weltweit rund 700 Mrd. US-Dollar jährlich erbringen, davon allein 320 Milliarden in Europa.

– **Die Superreichen der Welt halten ungefähr** 11,5 Billionen US-Dollar in Steueroasen. Damit hinterziehen sie den Finanzämtern jährlich Steuern in Höhe von zirka 250 Milliarden US-Dollar. 30 Milliarden Euro gehen Deutschland verloren. Ein automatischer Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden der Länder und von den Finanzinstituten zu den Steuerbehörden würde wirksam Steuervermeidung und -hinterziehung bekämpfen. Das zeigen die angekauften CDs aus den Schattenfinanzplätzen.

Alternativvorschläge zum Kaputtsparen gibt es also reichlich. Es fragt sich nur, warum sich die Bundesregierung so heftig dagegen sträubt, sie zur Kenntnis zu nehmen. Vielleicht sollte sie bedenken, dass internationale Umfragen immer wieder die Finnen als die glücklichsten Menschen der Welt identifizieren – und das, obwohl in kaum einem Land so hohe Steuern – besonders für Spitzenverdiener – zu zahlen sind.



Der Mann aus Sherwood Forest in der Neuzeit: Von den Zockern nehmen, den Armen geben.

Mit Robin Hood gegen Armut und Resignation

Die Geschichte der Finanztransaktionssteuer

VON RAINALD ÖTSCH, BERLIN

Das gehäufte Auftreten von Finanzkrisen führte 1998 in Frankreich zur Gründung einer „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger“. Der Name der Organisation klang auf Französisch zwar genauso sperrig wie auf Deutsch, ließ sich dafür aber wunderbar zu „Attac“ abkürzen. Die Steuer auf Finanztransaktionen war nie die einzige Forderung der Bewegung. Als prominenteste Forderung trägt sie jedoch Symbolcharakter für eine neue Form globaler solidarischer Politik. Während in der politischen Diskussion lange nur von einer Steuer auf Währungsgeschäfte die Rede war („Tobinsteuer“ – nach dem Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin benannt), hat sich die geforderte Steuerbasis inzwischen auf sämtliche an den Finanzmärkten gehandelten Produkte verbreitert. Allein in Deutschland ließe sich nach Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO-Institut) durch eine allgemeine Finanztransaktionssteuer jährlich ein Steueraufkommen von etwa 20 Milliarden Euro erzielen. Die Finanztransaktionssteuer ist zwar kein Allheilmittel. Da sie jedoch speziell kurzfristige Spekulation belastet, zielt sie genau auf die exzessiven Zockereien des Casino-Kapitalismus, trifft dessen Profiteure und schrumpft den aufgeblähten Finanzsektor.

Die Besteuerung von Finanztransaktionen gilt lange Zeit als Forderung von Utopisten. Im Grunde ist sie aber nichts grundlegend Neues: Mehrere Dutzend Länder hatten oder haben Steuern auf

bestimmte Finanztransaktionen. Allein die Börsenumsatzsteuer in Großbritannien brachte 2006 ein Aufkommen von etwa fünf Milliarden Euro. Eine Steuer auf sämtliche Arten von Finanztransaktionen an einem der großen Finanzplätze der Welt steht allerdings noch aus. Mit der „Überzeugungsarbeit“ durch die jüngste Finanzkrise und vor allem dem massiven Druck von Attac und dem Kampagnenbündnis „Steuer gegen Armut“ ist die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer jedoch innerhalb kurzer Zeit politisch mehrheitsfähig geworden. Inzwischen setzt sich selbst die deutsche Bundesregierung international für ihre Einführung ein. Sie macht dies allerdings von einer europäischen Einigung darüber abhängig.

Ob die Steuer kommen wird, wird stark von ihrem Rückhalt und dem Engagement in der Bevölkerung abhängen. Anders als mit massivem öffentlichen Druck ist die abrupte Kehrtwende der Bundesregierung in dieser Frage nicht zu erklären. Nach dem Vorbild der britischen Robin Hood Tax Campaign hat auch die deutsche Kampagne „Steuer gegen Armut“ mehrere Aktionen mit Unterstützung aus dem Sherwood Forest in Szene gesetzt. Im Herbst sind die Attac-Gruppen aufgerufen, unterstützt vom Kampagnenbündnis eigene Robin-Hood-Aktionen vor Ort auf die Beine zu stellen. Außerdem bereitet das Kampagnenbündnis Hintergrundinformationen auf, die sich gut als Argumentationshilfe für den Besuch von Bürgersprechstunden der Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen eignen.

MEHR INFOS: WWW.STEUER GEGEN ARMUT.ORG

COMMERZBANK



Hagen Pfaff, Attac-Aktivist gegen Commerzbank und andere Großbanken

Als Bürgerinnen und Bürger haben wir das Recht auf Dialog und Mitsprache. Attac versteht auch die Banken als Teil des Gemeinwesens und fordert ihre demokratische Kontrolle. Trotz aller Versprechungen lässt die Bundesregierung jedoch weiterhin zu, dass Großbanken die Allgemeinheit mit ihrer so genannten Systemrelevanz erpressen.

So wurde die Commerzbank aus Steuermitteln mit einer Kapitalspritze von 18,2 Milliarden „gerettet“ – obwohl sie an der Börse nur noch knapp 4 Milliarden Euro wert war. Gleichzeitig übernahm sie die Dresdner Bank und wurde zu einem noch größeren Bankenriesen. Trotz der Beteiligung des Bundes unterhält die Bank weiterhin Filialen in Steueroasen. Während die Kosten der Finanzkrise mit dem Sparpaket auf die ärmsten Teile der Bevölkerung abgewälzt werden, streichen viele Banken längst wieder dicke Gewinne ein.

Attac fordert daher die Zerschlagung „systemrelevanter“ Großbanken in demokratisch kontrollierbare Einheiten. Wir werden uns im Herbst mit nachdrücklichen Aktionen für eine Entmachtung der Banken und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums stark machen.

Schießen Sie sich unseren Aktionen an und fordern Sie mit uns Ihre demokratischen Rechte ein – direkt in Ihrer Bankfiliale. Weitere Informationen finden Sie auch unter www.attac.de

Gemeinsam mehr erreichen

Besetzen statt besitzen

Eine Einladung zu kreativem Protest

VON ANDREA VETTER UND MATTHIAS SCHMELZER, BERLIN

Besitzen ist gut – denn wer da hat, dem wird gegeben, so steht es schon in der Bibel. Und wer wie eine Bank besonders viel besitzt oder dort große Mengen Geld angelegt hat, dem wird auch besonders viel gegeben – und zwar Milliarden aus den öffentlichen Kassen, zur Sanierung der Bankrotteure. Wer das bezahlt? Nun selbstverständlich nachgelagert diejenigen, die nichts besitzen, außer einem Gürtel, der ja mit dem verabschiedeten Sozialkürzungspaket enger geschnallt werden kann. Und das, fragen Sie zu Recht, lassen sich die Gürtelbesitzerinnen und -besitzer einfach so gefallen? Wenn sie schon wenig besitzen, dann könnten sie doch zumindest etwas besetzen – zum Beispiel eine Bank. Einfach mal so, zehn, hundert, viele Menschen, rund um eine Kleinstadtilfale, man kennt die Bilder aus dem Wendland, wo jährlich Unzählige gegen die Castor-Transporte sitzen, und zwar auf den Schienen. Man könnte auch noch wei-

ter gehen: Das Frankfurter Finanzzentrum sitzend besetzen, mit Tausenden anderen, und die grauen Herren einen Tag lang nicht in ihre Bankzentralen hineinlassen – vielleicht am 18. Oktober, einige Planungen dazu gibt es schon. Oder auch mal gehen statt sitzen, das wäre doch was, und zwar spazieren – vielleicht im Grunewald oder anderen Villenvierteln, und einfach lautstark über den Gartenzaun schauen und die Milliarden zurückfordern, die letztlich dort hin geflossen sind – ja, richtig, zu den Besitzenden. Allein, ob es die Gürtelbesitzerinnen und -besitzer schaffen, sitzend und gehend das Thema Reichen-subventionen zu besetzen, das ist noch offen. Das nächste Mal, wenn es Sie zwick, den Gürtel noch ein Stückchen enger zu schnallen, dann fangen Sie doch einfach mal damit an – setzen Sie sich statt auf die Parkbank vor die Commerzbank, statt auf die Spielplatzbank vor die Deutsche Bank – damit die Spielbank des internationalen Finanzhandels endlich geschlossen wird.

Nähere Informationen zur Zusammenarbeit der Financial Crimes mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac: WWW.FINANCIAL-CRIMES.NET